

<https://exxpress.at/wie-in-dunklen-zeiten-eu-fordert-zum-verrat-von-sanktions-suendern-auf/> 1.11.2022

Wie in dunklen Zeiten: EU fordert zum Verrat von Sanktions-Sündern auf

Dieses Vorgehen der EU-Kommission erinnert an die schlimmsten Zeiten der europäischen Geschichte: Jetzt sollen auf einer eigenen neuen Homepage die Namen von all jenen Firmen und Bürger verraten werden, die aktuell die EU-Sanktionen gegen Russland brechen – vermutlich wird diese Aktion nicht allzu sehr das Image der EU-Spitze in Brüssel fördern.

“Kennen Sie jemanden, der gegen EU-Sanktionen gegen Russland oder Belarus verstößt? Wir haben ein Online-Tool eingerichtet, über das Hinweisgeber uns kontaktieren und Verstöße gegen EU-Sanktionen melden können.” Mit diesem Tweet sorgt die Europäische Kommission für große Aufregung im Netz. Mit dem neuen “Whistleblower-Tool” soll es nun möglich sein, all jene Unternehmen sowie Bürger zu verraten, die gegen die Sanktionen verstoßen – komplett anonym. Ein Vorgehen, dass an die schlimmsten Zeiten der europäischen Geschichte erinnert.

"Ordnungsgemäße Umsetzung ist unerlässlich"

“Eine ordnungsgemäße Umsetzung ist für die Wirksamkeit der EU-Sanktionen unerlässlich. Die Weitergabe von Informationen aus erster Hand kann ein wirksames Instrument sein, um Fälle von Sanktionsverstößen, einschließlich Umgehung und Umgehung, aufzudecken. Indem Sie uns freiwillig Informationen über Verstöße gegen EU-Sanktionen übermitteln, von denen Sie möglicherweise Kenntnis haben, können Sie uns helfen, solche Praktiken zu untersuchen und die Einhaltung von Sanktionen in der EU sicherzustellen.”, heißt es auf der neuen Homepage der EU. Diese Aktion wird das Image von Ursula von der Leyen & Co. wohl eher nicht fördern.

<https://eusanctions.integrityline.com/frontpage>

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/b%C3%BCrger-weisen-auf-m%C3%B6gliche-energieverschwendung-hin/ar-AA13wYbV>

30.11.2022

Bürger weisen auf mögliche Energieverschwendung hin

Bürger im Südwesten melden sich bei Behörden, um auf mögliche Energieverschwendung hinzuweisen. So berichteten es etwa die Städte Stuttgart und Karlsruhe. Auch bei der Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, Beate Böhlen, kamen schon erste Anfragen etwa zu einer Dauerbeleuchtung tagsüber am Stuttgarter Hauptbahnhof. «Ich gehe davon aus, dass das mehr wird, wenn es jetzt früher dunkel wird und wenn es den Leuten offensichtlicher wird», sagte die Grünen-Politikerin der Deutschen Presse-Agentur.

Die Stadt Stuttgart geht einem Sprecher zufolge bei derartigen Hinweisen auf die Unternehmen oder Betreiber zu. «Oft gibt es aber technische Herausforderungen, die eine Abschaltung der Lichter erschweren und zunächst gelöst werden müssen», erläuterte er. So könne etwa die Beleuchtung mit der Alarmanlage gekoppelt sein.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bolsonaro-fordert-ende-der-strassensperren-18433072.html> 3.11.2022

Bolsonaro fordert Anhänger zum Aufheben der Straßensperren auf

Der abgewählte Präsident Brasiliens scheint einzulenken: Jair Bolsonaro ruft seine Unterstützer auf, das „Recht anderer Menschen zu respektieren“. Zuvor hatten Anhänger, die seine Niederlage nicht akzeptieren wollen, einen Militär-Putsch gefordert.

Nach tagelangen Blockaden hat Brasiliens abgewählter Präsident [Jair Bolsonaro](#) seine Anhänger aufgefordert, die zahlreichen Straßensperren in weiten Teilen des Landes aufzuheben. „Die Sperrung von Fernstraßen in ganz Brasilien beeinträchtigt die Bewegungsfreiheit der Menschen“, sagte

Bolsonaro in einem am Mittwochabend auf Twitter veröffentlichten Video. „Das steht in unserer Verfassung. Man muss das Recht anderer Menschen, die unterwegs sind, respektieren – ganz abgesehen von dem Schaden für unsere Wirtschaft. Ich möchte an euch appellieren: Gebt die Straßen frei.“

Demonstrationen vor Kasernen

„Andere Demonstrationen auf Plätzen und an öffentlichen Orten sind Teil des demokratischen Spiels“, sagte Bolsonaro am Mittwoch weiter. Er äußerte sich dabei nicht zum Inhalt der Proteste in verschiedenen Regionen Brasiliens. Zahlreiche Bolsonaro-Anhänger demonstrierten vor verschiedenen Kasernen gegen den Sieg des linken Ex-Präsidenten [Lula](#) in der Stichwahl gegen den rechten Amtsinhaber Bolsonaro am Sonntag.

In mindestens 18 Bundesstaaten und in wichtigen Städten wie [Rio de Janeiro](#), São Paulo und Brasília forderten sie der brasilianischen Zeitung „Folha de S. Paulo“ zufolge ein Eingreifen des Militärs. „Es kann nicht sein, dass Lula nach Korruptionsskandalen und Gefängnis so viele Stimmen bekommen hat“, sagte ein Teilnehmer in Rio der Deutschen Presse-Agentur. „Das muss Betrug gewesen sein.“

<https://mil.in.ua/en/news/head-of-belarusian-kgb-we-know-about-invasion-plans-from-territory-of-poland/> 1.11.2022

Head of Belarusian KGB: “We know about invasion plans from territory of Poland”

usw., s. meine telegram-Weiterleitungen

<https://test.rtde.tech/europa/153227-schoigu-mehr-als-doppelt-so/>
2.11.2022

Schoigu: Mehr als doppelt so viele NATO-Truppen an den russischen Grenzen

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu erklärte, dass die NATO die Zahl der Truppen an den westlichen Grenzen Russlands verdoppelt habe. Vor dem Hintergrund der Gefahr durch die NATO verstärkte Russland die Zusammenarbeit mit Weißrussland. Es gehe vor allem um den Bereich Verteidigung.

<https://tkp.at/2022/10/31/ohne-digitale-id-streicht-japan-kuenftig-krankenversicherung/> 31.10.2022

Ohne digitale ID streicht Japan künftig Krankenversicherung

Der japanischen Bevölkerung droht die Aberkennung der Krankenversicherung, sollten sie sich nicht der neuen digitalen ID fügen. Es gibt Widerstand im Land.

Weltweit nimmt der Druck, Alltag und das Leben flächendeckend zu digitalisieren immer mehr zu. Die Strategien der Staaten unterscheiden sich allerdings. Die einen versuchen es mit Anreizen, die anderen drohen. Doch zunehmend werden immer mehr Register gezogen, um die Bevölkerung in jene Richtung zu drängen, die erwünscht ist. Ein aktuelles Beispiel ist Japan.

Versicherung oder Privatsphäre

[Laut der Nachrichtenagentur AP könnten jene Menschen, die die japanische digitale ID ablehnen, in den nächsten Jahren die staatliche Krankenversicherung verlieren.](#) Jedoch soll es in der japanischen Bevölkerung große Hemmungen geben, sich für eine zentrale digitale ID anzumelden. [„Reclaim the Net“](#) berichtet:

„Die japanische Gesellschaft scheint technologisch versiert genug zu sein, um die Risiken und Schäden einiger Arten von Technologie zu verstehen, was bedeutet, dass dieses ansonsten hochtechnisierte Land es bis heute vorzieht, Geschäfte persönlich abzuwickeln, Bargeld, Stempelsiegel und Papierdokumente in Verwaltungsverfahren zu verwenden – mit anderen Worten, in all den Bereichen, die wirklich wichtig sind.“

Schon 2016 führte Japan ein Sozialversicherungssystem mit dem Namen „My Number“ ein. Doch diese setzte sich kaum durch. Dennoch verschärfen die Behörden jetzt das Programm: Sie wollen My Number-Karten (inkl. Mikrochip) an alle ausgeben. Diese Karten sollen auch als Lichtbildausweis dienen, da sie Fotos ihrer Träger enthalten werden. Zu den Informationen und Diensten, mit denen die Karten verknüpft sind, gehören Führerschein und die öffentliche Krankenversicherung.